

# Auer Tageblatt

Verstellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentags. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: Anschlag Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veranstaltungen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentags. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1043

Nr. 161

Mittwoch, den 14. Juli 1926

21. Jahrgang

### Andreas Hofer-Feier in Ruffstein.

#### Einweihung des Hofer-Denkmal.

Ruffstein, 11. Juli.

In Anwesenheit von mehreren Tausenden aus ganz Tirol, dem Deutschen Reich, besonders zahlreich aus Bayern, wurde heute vormittag auf dem früheren Kalvarienberge dicht vor Ruffstein das neue Standbild Andreas Hofers feierlich enthüllt.

Der Landeshauptmann von Tirol Dr. Franz Stumpf hielt eine bemerkenswerte Rede. Er sagte:

Heilig und geweiht ist die Stätte, an der wir in dieser Feierstunde stehen. Vor unseren Häuptern schwebt der Geist Andreas Hofers und seiner Kampfgenossen, der Geist, der in harten Ringen um die Heimat gesallenen Helden. Wir sind berufen, in schweren Tagen Wegbereiter zu sein für eine neue und, so Gott will, bessere Zukunft. Die Stunde einer besseren Zukunft wird kommen. Ein Leuchten wird über unsere Berge gehen, wie das Frührot eines neuen, schönen Tages. Überall hin werden deutsche Mutterlaute klingen, und Tausende, die schon den Glauben begraben und das Hoffen verloren hatten, werden sich erheben und in frohem Stolz wird Nord und Süd mit uns den neuen Tag begrüßen. Deswegen laßt uns hier im Angesicht dieses neuen Wahrzeichens unserer Heimat huldigen im Sinne des Sandwirts von Passauer und seiner Getreuen, huldigen im Geiste jener Ideale, für die sie starben und starben. Das Gleiche laßt uns hier geschehen, so oben unentwegt an diesem Geiste festzuhalten, festzuhalten an der väterlichen Sitte und an unserer Heimat, an unserem großen deutschen Volke.

Der Bürgermeister von Ruffstein übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt und gab zwei Telegramme bekannt,

und zwar an Reichspräsidenten v. Hindenburg und an den Bundespräsidenten Hainisch. Das

#### Telegramm an Hindenburg

lautete:

Im feierlichen Augenblicke, da in der Grenzmark Tirol die Hülle vom Standbilde Andreas Hofers fällt, folge ich dem Juge des Herzens, Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, davon Kenntnis zu geben, und namens der Stadt Ruffstein Ihnen die ehrfurchtsvollsten Grüße mit dem Gelübnis der Treue zum deutschen Vaterlande zu entbieten. Wir an der Schwelle des Deutschen Reiches empfinden die Trennung unseres Volkes täglich aufs neue. Möge der Geist Andreas Hofers die Heimatliebe in allen deutschen Herzen entzünden, damit sie zur einigenden Kraft des großen deutschen Vaterlandes werde.

Das Telegramm an

#### Bundespräsident Hainisch

lautete:

Die heutige Enthüllung des Andreas-Hofer-Denkmal in unserer Stadt gibt freudig bewegten Anlaß, Sie, Herr Bundespräsident, davon in Kenntnis zu setzen und die Grüße der Stadt Ruffstein zu übermitteln. Am Standbilde des Freiheitskämpfers von Passauer gedenken wir des verlorenen deutschen Volkes, dem wir unverbrüchliche Treue bewahren in der sicheren Überzeugung, daß ein gerechter Völkerrichter widerrechtlich Geschiedenes wieder vereinigt.

Im Laufe des Tages trafen sowohl vom Reichspräsidenten wie vom Bundespräsidenten Hainisch Danktelegramme ein. Ferner sandte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ein Telegramm.

### Die Rüstungen Sowjetrußlands.

Die „Rundschau“ in Rom veröffentlicht nach authentischen Quellen eine Darstellung des Standes der russischen Rüstungen und teilt über die rote Armee und Marine unter anderem folgendes mit:

Die Organisation der Armee ist ganz eigenartig. Das neue Wehrpflichtgesetz, das am 1. Oktober 1925 in Kraft getreten ist, bestimmt, daß im Frieden und im Krieg alle militärtauglichen Männer, im Krieg auch die Frauen, dienstpflichtig sind. Zum eigentlichen Dienst mit der Waffe sind jedoch nur die „arbeitenden Elemente“ zugelassen, also Arbeiter und Bauern; Bürger dann, wenn sie ihre „politische Subversivität“ nachgewiesen haben. Im übrigen werden diese sowie politisch unzuverlässige Wehrfähige im Krieg und im Frieden in Arbeiterformationen verwendet. Frauen können im Frieden als Freiwillige ins Heer eintreten. Bei der Dienstpflicht werden drei Stadien unterschieden: die Ausbildungszeit vor der Einberufung, die sogenannte Vorbereitungszeit vom 19. bis 21. Lebensjahre, wobei jedes Jahr eine vierwöchentliche militärische Übung mitzumachen ist, die aktive Dienstzeit bei der Waffe und die Zeit der Zugehörigkeit zur Reserve. Die aktive Dienstzeit ist je nach der Zugehörigkeit zu einer „Kerntruppe“ oder „Territorialabteilung“ und je nach der Waffengattung verschieden; sie beträgt bei den Kerntruppen für die Marine vier, für die Infanterie drei, für die übrigen Waffen zwei Jahre. Bei den Territorialabteilungen sind für die Infanterie acht Monate und für die übrigen Truppen zwölf Monate festgesetzt.

Der Herausbildung von Führern ist in dem Wehrpflichtgesetz besondere Beachtung geschenkt. Es unterscheidet „jüngere, mittlere und höchste Führer“ und in bezug auf ihre Tätigkeit „kommandierende, politische, verwaltende, ärztliche und tierärztliche Führer“. Der jüngere Führerstand wird ausgefüllt aus den Regimentschulen. Für die übrigen Führerstellen wird die Auswahl auf militärischen Hochschulen und später nach den Leistungen im Dienste getroffen, die während der ganzen Dienstzeit durch immer wiederholte Prüfungen überwacht und festgestellt werden. Um ein einheitliches rotes Führerkorps zu schaffen, war in den letzten Jahren der Versuch gemacht worden, alle zaristischen Offiziere zu verabschieden. Man hat jedoch, ehe es zu spät war, erkannt, daß die Erfahrungen dieser alten aktiven Offiziere für den Aufbau und die Schlagfertigkeit der Wehrmacht nicht entbehrt werden können und daher den Grundsat, daß Führerstellen nur durch Kommunisten besetzt werden dürfen, aufgegeben.

Die Stärke der roten Armee beträgt zurzeit eine halbe Million Mann. Neben 33 regulären Schützen-divisionen bestehen 30 Territorialdivisionen und 17 Kavalleriedivisionen. Die Bewaffnung und Ausrüstung wurde in den letzten Jahren ständig verbessert und vermehrt. Die neuesten technischen Fortschritte wurden für das Heer nutzbar gemacht. Der letzte Haushaltsplan stellt für das Jahr das Doppelte des vorhergehenden Etats ein, nämlich 624 Millionen Goldrubel, das sind 16,71 Prozent der Gesamtausgaben, gegenüber 3,10 Prozent in Deutschland und 34 Prozent in Polen. Diese Summe hat um so größere Bedeutung, als die Ausgaben für das Armeeflugwesen darin nicht enthalten sind, sondern durch eine besondere „Kopfsteuer“ für die rote Luftflotte“ aufgebracht werden.

Ein Blick in die Truppeneinrichtung und die Ausbildungsvorschriften der roten Armee zeigt, daß diese alle Erfahrungen anderer Militärmächte sorgsam verwertet. Neben den Flugzeugen finden Gas und Kampfwagen, die Kampfmittel des Zukunftskrieges, besondere Förderung; so ist es wohl kein Zufall, daß gerade die Russen als erste einen gasdichten Kampfpanzer konstruiert haben. Auch ist es bemerkenswert, daß nicht einmal in Frankreich im letzten Jahre so umfangreiche Manöver stattgefunden haben, wie in den Militärbezirken Moskau, Leningrad, Witebsk und in der Ukraine, wobei jedesmal mehrere Infanterie- und Kavalleriedivisionen beteiligt waren.

Der roten Marine kommt eine geringere Bedeutung zu. Sie ist gegliedert in die Ostseeflotte und in die Schwarzmeerflotte. Die Ostseeflotte besteht aus 4 Großkampfschiffen zu 26 000 Tonnen, 5 älteren Linien Schiffen zu 10 000—18 000 Tonnen, 4 Schlachtkreuzern mit 32 500 Tonnen, 5 Panzerkreuzern, etwa 80 Torpedobootzerstörern, 15 Torpedobooten und 40 U-Booten. Die Schwarzmeerflotte ist wesentlich kleiner und umfaßt 2 neue Linien Schiffe zu 27 800 und 22 600 Tonnen, 6 ältere Kreuzer, 20 Torpedobootzerstörer, 14 Torpedobooten und 25 U-Boote. Mit großer Energie und Eifer wird die Regierung den Wiederaufbau der Flotte, dem bei der allgemeinen Abkündigung gegen England alle Kreise der Bevölkerung besonderer Interesse entgegenbringen. Disziplin und Geschäftigkeit der Flotte haben sich in den letzten Jahren dauernd ge-

### Eine neue Note der Botschafterkonferenz.

#### Um die Stellung des Generals von Seeck.

Vor einiger Zeit tauchten in Paris Gerüchte darüber auf, daß die Botschafterkonferenz erneut eingeschlossen sei, in der die Bewaffnungsfrage bei der Berliner Regierung Schritte zu unternehmen. Damals sind diese Gerüchte nicht bestätigt worden. Auch bei den zuständigen Berliner Stellen war von den bevorstehenden Schritten der Botschafterkonferenz nichts bekannt. Wie jetzt gemeldet wird, ist gestern im Auswärtigen Amt eine Note eingegangen, in der die Botschafterkonferenz wiederum die Frage der Entwaffnung Deutschlands anspricht und dabei vor allem auch die neue Stellung des Generalobersten v. Seeck in der Reichswehr einer Erörterung unterzieht. Von zentraler Seite war eine Bestätigung dieser Nachricht noch nicht erhältlich, man rechnet aber in aller Kürze mit einer amtlichen Aeußerung. Reichsfinanzler Marx wird wahrscheinlich alsbald nach der Rückkehr von seiner Rheinlandreise eine Sitzung des Reichskabinetts einberufen.

Zu der Nachricht, daß in einer Note der Botschafterkonferenz bezug der I. M. R. A. eine Reihe von neuen Abwaffnungsbedingungen übermitteln worden sei, wird von zentraler Seite mitgeteilt, daß dem Reichskommissar für Entwaffnungsfragen mehrere Noten des Generals Wald (nicht der Botschafterkonferenz) vom 2. und 3. Juli zugegangen sind, die im Rahmen der schwebenden Verhandlungen verschiedene Einzelfragen der deutschen Entwaffnung und Heeresorganisation behandeln. Die Forderungen der I. M. R. A. werden zur Zeit von den beteiligten Ressorts geprüft.

### Polen verklagt die Vossische Zeitung.

Warschau, 12. Juli. Nach Meldungen polnischer Blätter hat die Staatsanwaltschaft in Katowitz im Einvernehmen mit den staatlichen Behörden Polnisches Oberlandesgericht gegen die „Vossische Zeitung“ zwei Verfahren wegen Beleidigung der polnischen Behörden eingeleitet. Die Beleidigungen sollen in einigen Artikeln und Besprechungen über die gegen Mitglieder des Deutschen Volksbundes in Katowitz angestrebten Hochverrats- und Beleidigungsprozesse enthalten sein.

Die polnischen Behörden beweisen mit diesem neuen Verfahren lediglich, daß sie ebenso wie es in den deutschen Prozessen, zuletzt in dem Prozeß gegen den deutschen Schulrat Dabel, der Fall war, die Feststellung der wirklichen Verhältnisse in Polnisches Oberlandesgericht mit allen Gewaltmitteln unterdrücken. Der inkriminierte Artikel beschäftigt sich lediglich mit der Feststellung und Auslegung erweislich wahrer Tatsachen, über die in Katowitz jedes Kind Bescheid weiß. Viel Ehre erweist sich die polnische Staatsanwaltschaft mit diesem Verfahren jedenfalls nicht.

### Zu den deutsch-polnischen Wirtschafts-verhandlungen.

Berlin, 12. Juli. Die am 10. Juli beginnenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen betreffen sowohl Zolltarife wie auch Niederlassungsfragen. Polen hatte ursprünglich die Absicht, lediglich Tariffragen zu erörtern. Da die deutsche Regierung aber zur zweiten Lesung des Zolltarifes nicht bereit war, bevor nicht die Niederlassungsfragen in Angriff genommen seien, erklärte sich Polen nunmehr mit der Erörterung beider Fragen einverstanden.

### Preußens Antwort an die Hohenzollern.

Berlin, 12. Juli. Nach einer Mitteilung vom „Demokratischen Zeitungsdienst“ kann angenommen werden, daß die preußische Staatsregierung in ihrer vorläufigen in dieser Woche zu erwartenden Antwort auf das Schreiben des Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses zum Ausdruck bringen wird, daß der Ostobervergleich vom Jahre 1925 als Verhandlungsgrundlage nicht in Frage kommen könne.

### Dr. Kälig über das Ehrenmal.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Errichtung eines Ehrenmales für die im Weltkrieg Gefallenen, hatte sich einer abschließenden Sitzung in Weimar, die Reichsminister Dr. Kälig leitete, für die Schaffung eines Heiligen Hains bei Weimar ausgesprochen. Dr. Kälig erklärte über die Gründe zu dieser Entscheidung einem Vertreter des „Völkischen Beobachters“, der Ehrenhain bei Weimar verdiene den Vorzug schon aus dem Grunde, weil er wirklich im Herzen Deutschlands liege. Die Rheininsel bei Dösch kam daher überhaupt nicht in Frage. Auch haben sich alle Frontkämpferverbände einmütig für den Wald bei Weimar ausgesprochen. Dr. Kälig wird in den nächsten Tagen dem Reichskabinet eine Vorlage unterbreiten, wonach der Ehrenhain bei Weimar geschaffen werden soll.

### Kapitalerhöhung der Hamburg-Amerika-Linie um 11 Millionen Reichsmark.

Berlin, 13. Juli. Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß der Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie einer außerordentlichen Versammlung vorschlagen wird, der Verwaltung die Ermächtigung zur Ausgabe von weiteren elf Millionen Mark Aktien zu geben. Da die Verwaltung schon die Ermächtigung zur Ausgabe von 10 Millionen Mark besitzt, erhöht sich das Stammkapital um 21 Millionen auf 75 Millionen Mark. Den Aktionären würde ein Bezugsrecht im Verhältnis von 5 : 1 zum Kurse von 108 Prozent gewährt werden. Die übrigen Mittel dienen vermutlich zum Rückkauf der Harbormaschinen.